

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTI-FASCHISTEN



Nach FPÖ-Wahldebakel: Regierung ohne Mehrheit

Die EU-Wahlen haben bestätigt, was sich bereits bei der Bundespräsidentenwahl und den Landtagswahlen abzeichnete: Die SPÖ konnte ihre Spitzenposition unter den Abgeordneten für Straßburg und ihre 7 Sitze trotz Verminderung der Mandatszahl für Österreich behaupten, die ÖVP musste ein Mandat abgeben. Zugleich aber – und das ist das innenpolitisch bedeutendste Ergebnis dieser Wahl – hat das Debakel der FPÖ, die von 23,4 auf 6,3 Prozent absank, also damit mit einem Minus von 17,1 Prozent ihre bisher größten Verluste seit dem Jahr 2000 eingeführt, mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass die schwarz-blaue Regierung in der österreichischen Bevölkerung keine Mehrheit mehr hinter sich hat.

In der FPÖ hat dieser Wahlschock ein Chaos ausgelöst. Der Ruf nach Jörg Haider, in dem ein Teil der freiheitlichen Funktionäre offenbar noch immer den Wunderwuzzi sieht, der der Partei eine Rückkehr zum Erfolgskurs bringen könnte, fand beim Adressaten kein Gehör, weil der sich offenbar bewusst ist, dass hier vergebliche Hoffnungen wamgehalten werden. Kurios ist schon, wenn Haider plötzlich verlautet, dass die FPÖ ja nun längst eine „andere Partei“ geworden ist – obwohl er es war, der sie Schlüssel als Koalitions-

partner angeboten hat. Der Bundeskanzler spielt zwar weiterhin den Gelassenen, doch in der ÖVP wächst die Verärgerung über die unsicheren blauen Kantonisten auf der Regierungsbank, von der angesichts der tatsächlichen und angekündigten Rücktritte niemand weiß, wer demnächst darauf sitzen wird. Wenn für die designierte neue Obfrau, Ursula Haubner, mit der sich Haider als „Berater“ der Schwester immer noch einen Fuß in der Tür behalten will, der angekündigte Parteitag zu einem neuen „Knittelfeld“ werden sollte, dann wäre der Scherbenhaufen zweifellos komplett.

Aber wie heißt es in dem berüchtigten Lied aus des unseligen Adolfs Zeiten? „Wir werden weiter marschieren, auch wenn alles in Scherben fällt ...“ Das eine Mandat, das der FPÖ für Straßburg geblieben ist, hat es nämlich in sich: Mit 21.000 Vorzugsstimmen wurde der offizielle Spitzenkandidat der Partei entthront – es war ein Wahlkampf im eigenen Lager innerhalb des Wahlkampfes. Die alte in Österreich immer noch in sinnwidriger Weise „national“ genannte Rechte konnte sich als geschlossene Kraft in der Partei organisieren. Der Abgang der Hunderttausenden, die früher auf Haiders populistische Slogans hörten, nun aber

in ihrer Mehrheit zu Hause blieben oder zum neuen Populisten Hans Peter Martin überliefen, ließ die alte neue Rechte Morgenluft wittern.

Josef Cap hat die Wahl Andreas Mölzers, des Repräsentanten des rechtsrechten Spektrums, von Scrinzi über Stadler bis zu dem neuen Wiener Scharfmacher Strache, als „einen blauen Sprengsatz sondergleichen“ bezeichnet. Und das zweifellos nicht nur für die FPÖ, sofern eine Ruine durch eine Sprengung überhaupt noch Schaden erleiden kann.

Vielmehr ist es die Regierung Schlüssel, die nunmehr auf einer Bombe sitzt, die jederzeit ge-

zündet werden kann. Zwar ist zu erwarten, dass die Gewissheit, dass Neuwahlen in der gegenwärtigen Situation der ÖVP eine Niederlage bereiten und die FPÖ bestenfalls auf dem Stand der Steger-Partei von 1983 noch im Parlament erhalten würden, die Koalitionsparteien schließlich – bei aller Unberechenbarkeit von Mölzers Hintermännern – von Neuwahlen abhalten wird.

Aber auch wenn die FPÖ auf ein für die Demokratie erträgliches Maß zusammengestutzt werden sollte, bleibt weiterhin die Beobachtung von deren Äußerungen und Handlungen im In- und im Ausland eine ständige Aufgabe. ■



Foto: SPÖ archiv

Am 8. Juli 2004 beginnt eine neue Ära in der Hofburg. Nach 18 Jahren hat das Volk wieder den Kandidaten der SPÖ zum höchsten Repräsentanten der Republik gewählt. Wir wünschen Dr. Heinz Fischer viel Erfolg in diesem Amt, mit dem er seinen ein politisches Leben lang bewährten Einsatz für Österreich fortsetzt (Foto: Abschied vom Parlament).

1934: Mord im Wienerwald

Zehn Tage vor dem Naziputsch im Frühsommer 1934 hat das Regime Dollfuß/Starhemberg den Gedenktag an den 15. Juli 1927 auf seine Weise gefeiert. Nämlich durch die Ermordung zweier junger Liesinger Arbeiter bei einer Feierstunde auf der Predigtstuhlwiese im Wienerwald bei Kaltenleutgeben.

Auf dieser Wiese waren an die dreitausend Arbeiter und Arbeiterfrauen, die einem Aufruf der Revolutionären Sozialisten gefolgt waren, zusammengekommen, um, wie alljährlich, nun auch in der Illegalität, der Todesopfer des Polizeimassakers beim Justizpalast zu gedenken. Die Versammlung hatte soeben in Andacht dem Chor zu Ehren der Toten von 1927 – „Unsterbliche Opfer, ihr sanket dahin“ – gelauscht. Nun hörten die Teilnehmer still und ergriffen der Gedenkansprache der jungen Genossin Rosa Jochmann zu. Sie sagte: „Diese Versammlung ist ein glühender Beweis, dass man die Menschen wegen ihrer Ge-



Die Rede von Rosa Jochmann (stehend, Dritte von links) wurde 1934 durch einen feigen Überfall unterbrochen

Foto: VCA

sinnung wohl verfolgen, dass man aber den Geist nicht töten kann. In uns lebt die Überzeugung, dass wir wiederkommen werden ...“

Da stürzte überraschend aus dem Wald ein Gemeindevwachmann aus Kaltenleutgeben, mit aufgerissener Jacke, in der einen Hand eine Pistole, in der anderen einen Gummiknüppel, heraus. Er stürzte sich auf den mit einer

roten Fahne am Waldrand stehenden 23-jährigen Johann Fröhlich. Als sich dieser zur Wehr setzte, krachten aus dem Wald heraus Schüsse. Der erste Schuss soll von einem Liesinger Ortswehrmann abgegeben worden sein, der einmal Sozialdemokrat gewesen ist, sich dann kaufen ließ und zudem ein persönlicher Feind Fröhlichs war. Die Pistolenkugel traf Fröhlich tödlich.

Noch ein zweiter Fahnenträger, der ebenfalls 23-jährige Sozialdemokrat Richard Lehmann, wurde Opfer des Feuerüberfalls. Beide Todesopfer waren arbeitslos und kamen aus kinderreichen Arbeiterfamilien, die sich mit Mühe durch die schwere Zeit bringen mussten.

Am 15. Juli 1949 fand auf der Predigtstuhlwiese eine eindrucksvolle Feier zur Erinnerung an den feigen Überfall 15 Jahre zuvor statt. Rosa Jochmann hielt die Gedenkrede, gewissermaßen als Fortsetzung ihrer durch die Mordtaten unterbrochenen Ansprache. Weitere Redner waren Karl Mark und Franz Jonas. Das von Franz Ibaschitz geleitete Kunstkollektiv der Sozialistischen Bildungszentrale gab der Feier mit dem „Requiem“ von Ernst Toller einen würdigen Rahmen.

Namens des Parteivorstandes überreichten Franz Jonas und Otto Probst den Vertretern des Bundes der Freiheitskämpfer in einem symbolischen Akt eine neue Fahne. ■



Foto: VCA

JOSEF Gerl am 24.

Josef Gerl

Am 24. Juli 1934 wurde der 22-jährige Schutzbündler und Februarkämpfer Josef Gerl in Wien zum Galgen geführt. Er hatte sich an den Kämpfen im Februar beteiligt, war danach in die Tschechoslowakei geflüchtet, jedoch bald wieder nach Österreich

zurückgekehrt, um den Kampf gegen den Austrofaschismus aufzunehmen. Am 20. Juli unternahm er gemeinsam mit Rudolf Anzböck einen Sprengstoffanschlag auf eine Signalanlage der Donauuferbahn. Dabei wurde das Betonfundament der Anlage zerrissen, das Signalwerk selbst nur leicht beschädigt, der Gleisbereich blieb unbeschädigt.

Gerl und Anzböck gingen in ein Kaffeehaus, danach auf den Keplermarkt in Favoriten; es war frühmorgens, und sie wollten Wien mit dem Zug verlassen. Ein Polizist hielt sie an. Als er eine Leibesvisitation begann, zog Gerl

eine Pistole und verletzte den Wachmann mit zwei Schüssen. Das hörten andere Polizisten in der Nähe, denen es gelang, Gerl und Anzböck festzunehmen.

Schon am 24. Juli kam es zum Prozess. Gerl sagte auf die Frage des Vorsitzenden, warum er den Terrorakt begangen habe: „Weil die Regierung das Volk verklavt. Und weil sie die Arbeiterschaft unterdrückt.“ Vorsitzender: „Hat Sie die Regierung auch unterdrückt?“ Gerl: „Jawohl, es ist kein freies Wort erlaubt.“ Vorsitzender: „Solche ‚freien Worte‘ sind auch nicht zu erlauben.“ Auf Fragen, warum er aus der Tschechoslo-

wakei zurückgekehrt sei und trotz der Strafandrohung die Tat begangen habe, antwortete Gerl: „Weil ich Österreich als meine Heimat empfinde ... Mein Ideal stand mir höher als mein Leben.“

Josef Gerl wurde zum Tod verurteilt und am selben Tag hingerichtet. Anzböck, ebenfalls zum Tod verurteilt, wurde zu lebenslangem Kerker begnadigt. „Wir können Gott danken, dass es ein Roter und kein Nazi war, gegen den wir das Gesetz anwenden mussten“, sagte Bundeskanzler Dollfuß am Tag der Hinrichtung. Einen Tag später wurde er ein Opfer der Nazis. ■

90er Eduard Goldmann geehrt

Im Rahmen eines erweiterten Bundesvorstandes wurde ein langjähriger Funktionär des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Eduard Goldmann, anlässlich seines 90. Geburtstages geehrt. Eduard Goldmann ist ein Sozialdemokrat der ersten Stunde, war von Jugend an zunächst bei den Kinderfreunden, bei den Roten Falken, bei der Sozialistischen Arbeiterjugend und knapp vor der Machtergreifung des Faschismus Wehrsport-Bezirksführer in Wien. Nach dem Jahre 1934 arbeitete er mit vielen jungen Mitkämpfern bei den Revolutionären Sozialisten gegen das Terrorregime des Austrofaschismus.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten war Eduard Goldmann aufgrund seiner bisherigen Tätigkeit schon der Gestapo ein Dorn im Auge. 1941 wurde er wegen eines „Rundfunkverbrechens“, Abhören ausländischer Sender, zu eineinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. 1944 wurde er in das KZ Buchenwald überstellt, wo er insbesondere mit Roman Felleis, den er von der SAJ kannte, in Kontakt kam. In Buchenwald gab es ein Österreich-Komitee, dem u. a. auch Benedikt Kautsky und Karl Mantler angehörten und das sich bemühte, anderen KZ-Häftlingen zu helfen. Nach der Befreiung durch amerikanische Truppen kehrte Eduard Goldmann gemeinsam mit den Österreichern in die Heimat zurück. Durch die Zoneneinteilung Österreichs blieb er vorläufig in Salzburg, wo er gemeinsam mit Marko Feingold vom damaligen Bürgermeister beauftragt wurde, die Jewish DP Camps zu betreuen. Er arbeitete auch bei der Fluchthilfeorganisation „Bricha“ im organisatorischen und sozialen Bereich mit. Eduard Goldmann stellte



Ehrungen zum Geburtstag: Eduard Goldmann, 90, die Laudatoren Karl Blecha und Alfred Ströer, die 75er Ernst Nedwed und Manfred Scheuch, Bundessekretärin Edith Krisch

sich sofort wieder der neu gegründeten Sozialistischen Partei zur Verfügung und wurde auch Mitglied des Bundes Sozialisti-



Karl Gruber

scher Freiheitskämpfer. Er bekleidete verschiedene Funktionen, insbesondere später auch beim Pensionistenverband, in dem er bis heute Ehrenvorsitzender für Salzburg ist. Eduard Goldmann wurde mit der Victor-Adler- und mit der Otto-Bauer-Plakette sowie mit verschiedenen Ehrenabzeichen der Partei

und der Freiheitskämpfer ausgezeichnet. Der Bundesvorsitzende der Freiheitskämpfer, Alfred Ströer, würdigte den kämpferischen Einsatz Eduard Goldmanns gegen den Austrofaschismus und vor allem gegen den Nazifaschismus, der ihm viel Leid und Verfolgung gebracht hat. Auch der Vater Eduard Goldmanns ist im Konzentrationslager ermordet worden. Alfred Ströer dankte Eduard Goldmann für seine bisherige Tätigkeit in der Opferfürsorgekommission des Sozialministeriums sowie in der Rentenkommission des Landes Salzburg. Auch für seine Arbeit als Landesvorsitzender der Freiheitskämpfer und im Bundesvorstand sprach er Dank und Anerkennung aus.

Mit Eduard Goldmann wurden bei dieser Veranstaltung auch zwei weitere Jubilare geehrt, der stellvertretende Bundesvorsitzende und Wiener Landesvorsitzende Abg. z. NR a. D. Ernst Nedwed und der Re-

dakteur des „Sozialdemokratischen Kämpfers“ und langjährige Chefredakteur der „Arbeiterzeitung“ Manfred Scheuch, jeweils zum 75. Geburtstag.

Die Laudatio für alle drei Jubilare hielt BM a. D. Karl Blecha, der mit jedem dieser drei Genossen auf eine bestimmte Art politisch verbunden gewesen ist und heute als Präsident des Pensionistenverbandes auch weiterhin mit zuständig ist, mit launigen Worten.

Der Vorsitzende des Landesverbandes Niederösterreich, LAbg. a. D. Karl Gruber, der auch in diesen Tagen seinen 75. Geburtstag beging, konnte an der Sitzung des Bundesvorstandes nicht teilnehmen. Er feierte seinen Geburtstag im Rahmen einer Landesvorstandssitzung des Landesverbandes Niederösterreich, bei der ihm Bundesvorsitzender Alfred Ströer die Grüße und die Glückwünsche des Bundesvorstandes überbrachte. ■

Die Papaneks zu Besuch in Wien



Foto: Alfred Piller

Hanna und Gustav Papanek im Gespräch mit Otto Binder und Bgm. Häupl beim Alt-SAJ-Treffen im Wiener Rathaus

Im April waren Hanna und Gustav Papanek in Wien. Der Grund dafür war, neben Kontaktaufnahmen mit Vertretern der Sozialdemokratie und der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, die Eröffnung einer Ausstellung, die unter dem Titel „Der Koffer der Adele Kurzweil“ im Psychosozialen Zentrum der Kultusgemeinde, ESRA, stattgefunden hat. Diese Ausstellung war ein Projekt der Arge „Jugend gegen Gewalt und Rassismus“ und befasste sich mit dem Schicksal einer jüdischen Familie aus Graz, die, aus sozialdemokratischem Umfeld kommend, nach der Machtergreifung der Nazis in Österreich ins Exil

nach Frankreich flüchtete. Dort wurde sie von Ernst Papanek, dem Vater von Gustav Papanek, in einer Flüchtlings- und Wohlfahrtsorganisation betreut. Leider hat die Familie Kurzweil Frankreich nicht verlassen und wurde deshalb während der Besetzung durch die deutschen Truppen der Gestapo ausgeliefert und später in Auschwitz ermordet. Die Ausstellung wurde von Hanna Papanek, die selbst als Tochter eines führenden SPD-Spitzenfunktionärs mit ihrer Familie aus Hitlerdeutschland flüchten musste, eröffnet.

Ernst Papanek, Jahrgang 1900, war seit dem Ersten Weltkrieg Mitglied des Verbandes jugend-

licher Arbeiter und später einer der jungen Intellektuellen, die in der Zeit der Ersten Republik als Studenten und Pädagogen eine wichtige Rolle in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gespielt haben. Ab 1919 war er Funktionär der SAJ und bei den Kinderfreunden bzw. in der Bildungszentrale aktiv tätig. Er war auch Mitglied des Verbandes Sozialistischer Studenten und der Akademischen Legion des Republikanischen Schutzbundes. Anfang der dreißiger Jahre wurde er in die Leitung des Reichsbildungsausschusses berufen und war 1931 bis 1933 Landesobmann des Bildungsausschusses in Wien. Von 1933 bis 1934 war er der letzte Verbandsvorsitzende der Sozialistischen Arbeiterjugend. Von 1932 bis 1934 war er auch sozialdemokratischer Gemeinderat in Wien.

Nach den Februarkämpfen flüchtete er in die Tschechoslowakei und nahm an der Arbeit des ALÖS in Brünn teil. Von dort aus half er, den Jugendwiderstand der illegalen Revolutionären Sozialistischen Jugend in Österreich zu organisieren. Papanek war auch bis 1939 RSJ-Vertreter in der Exekutive der Sozialistischen Jugendinternationale. Nach dem Einmarsch

der deutschen Truppen 1938 in Österreich ging er nach Paris, wo er mit Auslandsvertretern der RSJ Flüchtlingskinder betreute und sie später zum Teil in die USA retten konnte. In den Vereinigten Staaten beteiligte er sich an der Arbeit der American Socialist Party und der League for Industrial Democracy. Ab 1942 war er auch Exekutivmitglied des Austrian Labor Committee und Mitarbeiter der Austrian Labor Information. Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete der ausgebildete Pädagoge in verschiedenen universitären und wissenschaftlichen Bereichen. Im Jahre 1970 überreichte ihm Rosa Jochmann das Goldene Abzeichen des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Bei einem Besuch in Europa starb Ernst Papanek überraschend im August 1973 in Wien.

Hanna Papanek, die als Ethnologin und Anthropologin an der Harvard- und der Boston-Universität lehrte und auch außerhalb der USA wissenschaftliche Studien betrieb, ist auch in der Exilforschung tätig. Gustav Papanek ist Wirtschaftswissenschaftler und ist als Gastprofessor international aktiv. ■

Giacomo Matteotti

Am 10. Juni 1924 wurde Giacomo Matteotti, der Generalsekretär der Sozialistischen Partei Italiens und Sprecher ihrer Parlamentsfraktion, im Auftrag Mussolinis von faschistischen Meuchelmördern getötet. Auf dem Heimweg von einer Versammlung der Opposition, die sein Mut noch zwei Jahre nach dem Machtantritt des Faschismus zusammenhielt, war er von gedungenen Banditen über-

fallen, in ein Auto gezwungen und verschleppt worden. Ganz Italien schrie damals vor Abscheu und Entsetzen auf. Anlass für die Ermordung war nicht zuletzt seine Rede im italienischen Parlament am 30. Mai 1924, in der er die Untaten der faschistischen Regierung anprangerte und die weltweit Aufsehen erregte: „Ihr tötet mich, aber die Idee in mir werdet ihr niemals töten. Meine Idee stirbt nicht. Meine Kinder

werden ihren Vater preisen. Die Arbeiter werden meine Leiche segnen. Es lebe der Sozialismus!“

Das Rote Wien ehrte Giacomo Matteotti 1928 mit der Benennung einer großen Wohnhausanlage in Margareten nach ihm. 1934 wurde der Gemeindebau von den Austrofaschisten in „Giordani-Hof“, nach einem italienischen Faschisten, umbenannt. Erst 1945 erhielt er seinen ursprünglichen Namen zurück.



Foto: VGA

Matteotti-Hof 1931

Internationale Mauthausen-Befreiungsfeier 2004



Foto: Willy Wagner

LR Josef Ackerl gedachte Richard Bernascheks

Wie jedes Jahr nahmen zahlreiche Delegationen aus ganz Europa an der Internationalen Mauthausen-Kundgebung auf dem Appellplatz des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen teil.

Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer entsandten wie immer Delegationen aus Wien und Oberösterreich, die an der Spitze der österreichischen Opferverbände auf dem Platz einzo-

gen. Anstelle des erkrankten Hauptredners, des Obmanns der österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen, Hans Marsalek, verlas der Vorsitzende des Mauthausen Komitees Österreich die vorbereitete Rede.

Marsalek warnte darin davor, dass mit der jüngsten EU-Erweiterung die Tradition des 19. und 20. Jahrhunderts der nationalen Überheblichkeit, des Chauvinismus mit seinem Fremdenhass,

Führerkult und Antisemitismus, nicht beseitigt worden sei. Dem zu begegnen, sei Aufgabe der Regierungen, der politischen Parteien, der Religionsgemeinschaften, der Schulen und nicht zuletzt der Jugendzentren. Er kritisierte, dass die vom Mauthausen Komitee Österreich geplante Errichtung einer Jugendbegegnungsstätte nahe beim Steinbruch Wiener Graben von offiziellen Stellen verhindert worden sei. Auch im Konzentrationslager Mauthausen hätten sich vor allem Menschen im Alter von 20 bis 40 Jahren befunden. Die ersten hier eingelieferten Kinder und Jugendlichen seien Spanier und im Jahre 1942 etwa 250 Kinder und Jugendliche im Alter von 12 bis 14 Jahren aus Russland, vor allem aus der Ukraine, gewesen. Im März 1945 habe es im Konzentrationslager Mauthausen über 15.000 Kinder und Jugendliche gegeben. Europäische junge Menschen hätten auch im Konzentrationslager Mauthausen die Solidarität und den Widerstand im Lager organisiert. Die Redner wendeten sich vor allem

an die anwesenden Jugendlichen der Aktion „A Letter To The Stars“, Teil zwei, der den Überlebenden des Holocaust gewidmet ist. Dazu dokumentieren Schüler die Lebensgeschichten der noch lebenden über die ganze Welt verstreuten 10.000 österreichischen Opfer des Holocaust, um sie möglichst zu einem Besuch in die alte Heimat einzuladen. Einige von ihnen traten bei der Gedenkfeier auf und schilderten die Leiden der Lagerinsassen. Tausende Brieftauben stiegen zum Abschluss als Friedensbotschaft in den Himmel. Zuvor waren symbolisch für die in Mauthausen Ermordeten vor den Toren des ehemaligen KZ 100.000 Sonnenblumensamen ausgesät worden, um so ein „Feld der Erinnerung“ anzulegen.

Vor Beginn der Hauptkundgebung trafen einander die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer bei der Gedenktafel für den in Mauthausen ermordeten Schutzbundführer Richard Bernaschek, bei der Landesrat Josef Ackerl die Gedenkrede hielt. ■



Foto: WZZ

Rudolf Sarközi

Speziell den unter der Naziherrschaft umgekommenen Roma und Sinti war am 5. Mai die traditionelle Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im

österreichischen Parlament gewidmet. Von den in Österreich lebenden Angehörigen dieser Volksgruppe haben höchstens 2.000 die nationalsozialistische Vernichtungspolitik überlebt.

Nationalratspräsident Andreas Khol sagte in seiner Auftaktrede, dass Roma und Sinti schon lange vor dem Zweiten Weltkrieg verfolgt, ausgestoßen, gequält und getötet worden seien. „Doch nichts lässt sich mit dem anhaltenden, geplanten, über Jahre durchgezogenen Massenmord der Nationalsozialisten vergleichen.“ Diskriminierungen hätten sich auch nach 1945 fortgesetzt,

ein trauriger Gipfel war das Attentat gegen eine Romasiedlung in Oberwart im Jahr 1995. Österreich habe Konsequenzen gezogen. So hat es als erster Mitgliedsstaat der EU die Roma und Sinti als ethnische Minderheit anerkannt. Das Wort Zigeuner, das einen abwertenden Sinn bekommen habe, gehöre aus dem Sprachschatz demokratischer Menschen gestrichen. Rudolf Sarközi, Obmann des Kulturvereins der österreichischen Roma, forderte in seiner Rede Europa auf, bessere Lebensbedingungen für die Angehörigen seiner Volksgruppe zu schaffen. Der sozial

schlechte und menschenunwürdige Zustand der Roma in den neuen EU-Ländern sei nicht zu übersehen; durch die Erweiterung sei die Volksgruppe zur größten Europas geworden. Sarközi schilderte das Leid seiner Familie als Beispiel für das Schicksal unzähliger Roma: Von 128 Personen haben nur 8 den Holocaust überlebt. Insbesondere dankte Sarközi Bundespräsident Klestil, der stets eine offene Tür für ein persönliches Gespräch gehabt habe.

Im Namen seiner Volksgruppe wünschte er Klestil auf Romani „Put pacht tei sastipe“ (Glück und Gesundheit). ■

Roma-Gedenken im Parlament



Heinz Fischer präsentierte das Buch über Alfred Ströer



Foto: Haslinger

Noch vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten lud Heinz Fischer zur Präsentation des Alfred-Ströer-Buches in das Parlament ein. Eine große Schar von Freunden Fred Ströers nahm an dieser festlichen Buchpräsentation teil.

„Alfred Ströer spielt nach wie vor eine ganz wichtige Rolle“, zeigte sich der Zweite Nationalratspräsident Heinz Fischer anlässlich der Buchpräsentation von Wilhelm Toths Werk „Vom Volksgerichtshof in die Gewerkschaftsspitze. Alfred Ströer. Eine Biographie“ über-

zeugt. In seiner Fähigkeit, sich ohne Hass und Verbitterung mit der Geschichte auseinander zu setzen, nehme Ströer jene Rolle ein, die Rosa Jochmann in den 70er und 80er Jahren gespielt habe, würdigte Fischer den „großen Sozialdemokraten“, der nach 1945 in der SPÖ und im Gewerkschaftsbund eine wichtige Rolle gespielt habe.

Das Buch, das bereits im „Sozialdemokratischen Kämpfer“ vorgestellt wurde, ist im Sekretariat zum Mitgliederpreis erhältlich. Tel.: (1) 534 27-277, Fax: (1) 534 27-258, E-Mail: kaempfer@spoe.at

Heinz Fischer würdigte die von Wilhelm Toth verfasste Biografie Alfred Ströers

Prominente lasen aus „verbrannten Büchern“

Der neu gegründete Verein „Zeitwerkstatt“ stellt sich zur Aufgabe, auf künstlerischem und literarischem Gebiet die Zeit des Nationalsozialismus, des Faschismus und faschistoider Erscheinungen der Gegenwart aufzuarbeiten.

Die Organisatoren, unter der Leitung von Willi Stanek, konnten eine Reihe von bekannten Künstlern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gewinnen, Passagen aus den von den Nazis verbrannten Büchern zu lesen. Die Auswahl der Autoren erfolgte im Einvernehmen mit jenen, die sich für die Lesung bereit erklärt haben. So wurden u. a. Texte von Bert Brecht,

Kurt Tucholsky, Rosa Luxemburg, Erich Kästner, Jaroslav Hašek, Heinrich Heine, Heinrich Mann, Jack London, Egon Erwin Kisch zu Wort. Gelesen haben u. a.: Alfons Haider, Elfriede Ott, Erich Schleyer, Vzbgm. Grete Laska, Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny, MEP Hannes Swoboda, Gen.-Sekr. Hannah Lessing, Präs. Susanne Brandsteidl. Die Lesungen erfolgten am 7. und 14. Mai. Zwischen den Lesungen kamen auch Zeitzeugen, u. a. Alfred Ströer, Hubert Pfoch und Rudi Gelbard, zu Wort.

Ein engagiertes Projekt, das vor allem für die Jugend gedacht ist und sicherlich unsere volle Unterstützung verdient. ■



Foto: Hüppel-Photo

Hannah Lessing las aus Gustav Meyrinks „Des deutschen Spießers Wunderhorn“

Der 20. Juli und das Bundesheer

Unter dem Titel „Tyrannenmord“ ist derzeit im Wiener Heeresgeschichtlichen Museum eine verdienstvolle Sonderausstellung über das Stauffenberg-Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 und die Beteiligung österreichischer Offiziere daran zu besichtigen. Museumsdirektor Manfred Rauchensteiner weist darauf hin, dass Österreichs Anteil daran im 1946 herausgegebenen „Rot-Weiß-Rot-Buch“ über den Widerstand in Österreich überhaupt keine Erwähnung fand. Einer der Gründe dafür dürfte gewesen sein, dass „unter jenen, die im Widerstand und vornehmlich in Österreich eine Rolle gespielt hatten, nur ganz wenige waren, die den Anspruch erheben konnten, von Anfang an erklärte Gegner Hitlers und des Nationalsozialismus gewesen zu sein“. Auch ist weder in Deutschland noch in Österreich „damit zu argumentieren, der Widerstand wäre Vorläufer einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und Gesellschaftsform gewesen“; ebenso wenig konnte die Beteiligung als Gleichsetzung von pro-österreichisch und Widerstand betrachtet werden. Aber selbst wenn der Attentatsversuch auf Hitler für manche der Verschwörer ein Verzweiflungsakt angesichts des eindeutig verlorenen Kriegs gewesen sein sollte, bleibt die Tatsache bestehen, dass Stauffenbergs Einsatz, wäre ihm Erfolg beschieden gewesen, noch Millionen Menschen an den Fronten, unter der Zivilbevölkerung und in den Vernichtungslagern das Leben gerettet hätte.

Interessanten und keineswegs für Österreich rühmenswertem Aufschluss gibt ein im Ausstellungskatalog enthaltener Beitrag des Bundesheeroffiziers Hubertus Trauttenberg über die



Robert Bernardis



Carl Szokoll

Einbindung des militärischen Widerstandes in die Traditionspflege des Bundesheers. Stauffenbergs Vertrauensmann in Wien, Hauptmann Carl Szokoll, war mit der Vorbereitung der sogenannten „Aktion Walküre“ erfolgreich, der Fehlschlag des Attentats machte jedoch jedes weitere Vorgehen zunichte, und Szokoll entging nur durch geglückte Tarnung der blutigen Rache der Naziführung.

In der Bundesrepublik Deutschland wurde im Zuge der durch den „Kalten Krieg“ einsetzenden Wiederbewaffnung der 20. Juli 1944 ein zentraler Punkt der Tradition der künftigen Bundeswehr – ein Traditionsbezug, mit dem ein bewusster Gegensatz zum nazistischen Miss-

brauch von Eid und Gehorsamspflicht gesucht wurde. Jeder Offizier, der sich um die Aufnahme in die Bundeswehr bewarb, wurde von einer dreiköpfigen aus Vertretern des militärischen Widerstandes bestehenden Prüfungskommission über seine Einstellung zum 20. Juli 1944 überprüft.

Ganz anders der Aufbau des Bundesheeres in Österreich. Schon die so genannte B-Generaldamerie wurde weitgehend von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren geführt; der Ausschluss eines Traditionsbezugs zur Hitler-Wehrmacht schloss auch den Widerstand des 20. Juli ein. Obwohl der Staatsvertrag ein Verbot der Aufnahme von Angehörigen ehemaliger NS-Organisationen in das Bundesheer ausschloss, konnte dennoch das frühere Mitglied des (illegalen) NS-Soldatenrings (NSR) Erwin Fussenegger 1956 erster Generaltruppeninspektor werden; im selben Jahr waren auch bereits 19 Offiziere der oberen Führungsebene ehemals Mitglieder des NSR gewesen. Mit dem Amnestiegesetz von 1957 wurden sogar ehemalige Offiziere der Waffen-SS in das Bundesheer aufgenommen (ÖVP-Verteidigungsminister Graf erwartete von ihnen eine betont antikommunistische Einstellung). Zum Unterschied von Deutschland wurde von den Anwärtern nur Ausbildung und militärischer Werdegang erkundet, nicht ihre Einstellung zum NS-Regime. Die so genannten „Eidbewahrer“ (die sich auf den militärischen Eid für Hitler beriefen) bildeten unter den Offizieren – wie auch im Kameradschaftsbund – die Mehrheit; lediglich Hauptmann Otto Scholik und sechs Offiziere, die in alliierten Armeen gedient hatten, konnten als Angehörige des militärischen Widerstands betrachtet werden. Fussenegger

lehnte die Aufnahme der Namen der Hingerichteten Robert Bernardis und Alfred Huth auf dem Gefallenendenkmal der Theresianischen Akademie ab, weil sie „Eidbrecher“ gewesen seien. Immerhin wurde später Szokolls „Initiative Radetzky“ zur Rettung Wiens anerkannt; die Breitenseer Kaserne erhielt nach den von der SS 1945 hingerichteten Offizieren den Namen „Biedermann-Huth-Raschke-Kaserne“. Die Initiative junger Milizoffiziere, die neue Kaserne in Kirchdorf an der Krems nach Bernardis zu benennen, lief sich schon auf dem „Dienstweg“ tot. Ein späterer Antrag der Stadt Linz, die ehemalige Artilleriekaserne nach Bernardis zu nennen, wurde abgewiesen (Linz benannte dann eine Straße nach Bernardis).

Andere Versuche, den militärischen Widerstand in die Traditionspflege des Bundesheeres einzubinden, wurden von den ÖVP-Ministern mit dem merkwürdigen Hinweis, dass es zwischen der deutschen Wehrmacht und dem österreichischen Bundesheer keine Kontinuität gebe und zudem diese Widerstandshandlungen sich zwar gegen das NS-Regime, aber nicht auf Wiederherstellung Österreichs gerichtet hätten, abgelehnt.

Ein Österreicher, der Feldwebel Anton Schmid, der im Sommer 1941 Hunderte Juden in Wilna vor der Deportation und dem sicheren Tod gerettet hatte und dafür 1942 hingerichtet wurde, ist seit dem 8. Mai 2000 Namensträger einer Kaserne – im deutschen Rendsburg. Erst am 8. Oktober 2001 wurde vom österreichischen Verteidigungsminister ein Erlass approbiert, der erlaubt, in Einzelfällen das Verhalten von Österreichern in der Wehrmacht als Element in die Traditionspflege einzubeziehen. ■

Gedenken am Loibl



Foto: Freiheitshilfen Kärnten

Die Gedenkenden Wolfgang Petritsch (im Mantel) und Peter Gstettner auf dem Weg zum Mahnmal für die Loibl-Opfer

Am 5. Juni fand auf der österreichischen Seite des Loiblpasses in Kärnten eine Gedenkveranstaltung für die Opfer statt, die als KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter in der Nazizeit beim Bau des Loibl-Tunnels an Erschöpfung starben, bei Unfäl-

len ums Leben kamen oder von der SS und deren Kapos brutal ermordet wurden. Die Häftlinge waren im KZ Mauthausen für das Loibl-Kommando ausgesucht worden. In seiner Eröffnungsansprache warf Univ.-Prof. Peter Gstettner den politisch Verantwortlichen vor, die

Spurenvernichtung beim Loibl KZ-Nord zunächst der Natur und dann einer Baufirma zur Schutt-ablagerung überlassen zu haben. Hier sei Verdunkelung von Geschichte betrieben worden – sehr zum Unterschied vom Loibl KZ-Süd, wo die würdige jugoslawische Gedenkstätte heute

vom slowenischen Staat vorbildlich erhalten wird.

Die Gedenkrede hielt Dr. Wolfgang Petritsch. Er sagte unter anderem: „Wir sind heute hier, um dank der persönlichen Initiative einiger Beherzter zum zehnten Mal seit 1995 auf der österreichischen Seite des Tunnels der Menschen aus zahlreichen Ländern Europas zu gedenken, die hier zwischen 1943 und 1945 Opfer jener nationalsozialistischen ‚Beschäftigungspolitik‘ geworden sind, deren eigentliches Ziel die totale menschliche Vernichtung war ... Insofern stellt der Loibl-Tunnel ein wahrhaft infernalisches europäisches Bauwerk dar, ein Monument vergangener Barbarei.“ Daran sei anlässlich des freiwilligen Zusammenwachsens Europas ausdrücklich zu erinnern.

Der Loibl sei dadurch aus einer Grenzbarriere und ideologischen Demarkationslinie zu einer willkommenen Verbindung geworden; den Ungeist des Deutschnationalismus und antislawischen Rassismus, der das historische Verhältnis zwischen Nachbarn trübte, gelte es weiter zu bekämpfen. ■

Mahnmal in Villach verwüstet

Ein Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Villach ist von Unbekannten geschändet worden. Vermutlich während der Pfingstfeiertage wurden 17 Glastafeln, auf denen 64 Namen von Opfern mit Geburts- und Todesdatum sowie Todesart eingätzt waren, zertrümmert. Das auf

Initiative des „Vereins Erinnern“ im Jahre 1999 errichtete „Denkmal der Namen“ soll die Erinnerung an alle Frauen, Männer und Kinder des Bezirks Villach wachhalten, die zwischen 1938 und 1945 von den Nazis ermordet wurden. Schon im März vergangenen Jahres war das Mahnmal verwüstet worden, die Täter wur-

den nicht gefasst. Diesmal beläuft sich der Schaden auf rund 2.000 Euro. Der Obmann des „Vereins Erinnern“, Hans Haider, vermutet politische Motivation hinter der Tat. Da wegen der Härte des Glases ein Werkzeug wie etwa ein Hammer erforderlich sei, dürfte es sich um eine geplante Aktion gehandelt haben.

Das „Denkmal der Namen“ ist ein so genanntes „offenes Denkmal“, womit jederzeit neue Namen hinzugefügt werden können. Derzeit scheinen auf den Tafeln die Namen von insg. 108 Personen auf, im Herbst sollen weitere 80 hinzukommen. Jährlich im Herbst findet vor dem Mahnmal eine Gedenkfeier statt. ■

Neonazi-Prozess bringt es ans Licht



Geschändete jüdische Grabsteine auf dem Friedhof von Eisenstadt

Im Jahre 1992 wurde der jüdische Friedhof in Eisenstadt durch Hakenkreuze, SS-Runen und fremdenfeindliche und antisemitische Aufschriften ge-

schändet. Die zwei Schuldigen wurden ermittelt, wobei einer davon ordnungsgemäß verurteilt wurde und der andere sich nach Südafrika absetzte.

Nach der Rückkehr des geflüchteten Attentäters wurde diesem nunmehr der Prozess gemacht. Der Angeklagte hat sich im Prozess entschuldigt und sogar angeboten, für das Jüdische Museum unentgeltlich zu arbeiten. Wie der „Standard“ berichtet, fragten Richterin und Staatsanwalt: „Wie sind Sie auf die Idee gekommen?“, und hier die interessante Antwort: „Das schaukelt sich hoch in diesen Kreisen“, erwiderte der Angeklagte. Mit 18 Jahren ist er der FPÖ beigetreten und engagierte sich beim Ring Freiheitlicher Jugend. „In der Partei gibt es gewisse Sympathien für rechtsextreme Aktionen. Da wird man darin bestärkt, einmal etwas zu unternehmen“ sagte er. Wogegen? – „Na gegen die Missstände in der Politik, als Protest gegen die Unzufriedenheiten, gegen Ausländer.“ Und was unternimmt man da? – „Etwas, was Wellen schlägt, womit man mediale Aufmerksamkeit erlangt, womit man die Anliegen der Partei unterstützt. Man fühlt sich dann als Jugendlicher sehr wichtig und als Teil der Entscheidungsmacht“, erklärte er. – Die Schändung der Grabsteine, eine spontane, von Alkohol beeinflusste Idee, habe sich aber leider als kontrapro-

duktiv erwiesen: „Die Öffentlichkeit war geschlossen empört“, weiß der Angeklagte.

Den bespragten Naziparolen war ein „Bekennerschreiben“ beigelegt. Die Täter nannten sich „RAW“ – Rassistischer Arischer Widerstand. „Für mich ist das heute eine irrationale Tat, die schwer zu erklären ist, eine Provokation an das System.“

Wiederbetätigung wird ihm auch in Form einer NS-Zeitschrift namens „Albus“ – („Nachrichten aus dem weißen Widerstand“) vorgeworfen, die 1993 in Umlauf kam. „Darin wird auf subtile Weise gegen das jüdische Volk gehetzt“, sagt der Staatsanwalt. So weit Auszüge aus dem „Standard“ vom 16. Juni 2004.

Den Angeklagten trifft nun die volle Härte des NS-Verbotsgesetzes, denn Hakenkreuze, SS-Runen und nationalsozialistische Hetze werden durch das Gesetz gegen Wiederbetätigung eindeutig geahndet.

Der Täter wurde zu vier Jahren Haft verurteilt. Jene aber, die den Ungeist unter der Jugend säen, waschen ihre Hände in Unschuld und sind oft ehrenwerte nationale Bürger in höheren Positionen. ■

FPÖ-Angriffe auf Swoboda ein Eigentor

Im Wahlkampf für das EU-Parlament nahm der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer gegen die von Jörg Haider FPÖ ausgelöste Kampagne gegen den Spitzenkandidaten der SPÖ, Hannes Swoboda, wie folgt Stellung: „Die Absicht der FPÖ ist klar zu erkennen: Um von ihrer schwachen Ausgangsposition zur Europawahl abzulenken, greift sie, wie schon oft in der Vergangenheit, in die aller-

tieftste Schublade der Argumentation, indem sie den erfahrenen und hoch angesehenen Parlamentarier und Europapolitiker Hannes Swoboda als ‚Landes- und Vaterlandsverräter‘ denunziert“, so der Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer Alfred Ströer.

„Das sagt ausgerechnet Jörg Haider, der noch vor einiger Zeit die österreichische Nation als ‚ideologische Missgeburt‘ be-

zeichnet hat, der die ‚ordentliche Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches‘ gelobt und bei einem Treffen der ehemaligen Waffen-SS (Kameradschaft IV) – begrüßte, dass es noch anständige Menschen gibt, die auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen“, setzte Ströer fort. Er hält es für „bezeichnend, dass sich innerhalb der FPÖ keine Stimme gegen eine solche Hasspredigt wendet;

aber eigenartig ist auch, dass sich der Koalitionspartner ÖVP von dieser Kampagne nicht distanzierte. Es ist aber hoch anzurechnen, dass erfahrene und international bekannte Politiker, wie z. B. Franz Fischler, ihre warnende Stimme gegen diese Methoden erheben.“

Die Wählerinnen und Wähler haben bei der Wahl die gebührende Antwort auf diese unqualifizierten Untergriffe erteilt. ■



Das hat noch gefehlt: Mölzer in Straßburg

Die europäische Integration war also in ihren Anfängen auch ein Sieger-Projekt der Alliierten, das davon ausging, dass man Deutschland auf Dauer machtpolitisch niederhalten müsste.“ Der Mann, der dies erst in diesem Jahr in einem Interview in der rechtsextremen Zeitschrift „Der Eckart“ sagte, wird nun als (einziger) FPÖ-Abgeordneter ins Europäische Parlament einziehen: Andreas Mölzer, der mit Hilfe der Vorzugsstimmen des (deutsch-) „nationalen“ alten Kerns der Blauen den offiziellen FP-Spitzenkandidaten Hans Kronberger ausstechen konnte. Mölzer hat schon angekündigt, er wolle sich in Straßburg um die Bildung einer Fraktion rechts stehender Parteien, unter anderem mit dem belgischen „Vlaams Blok“ und französischen Rechtsextremen, bemühen.

Der 1952 geborene Andreas Mölzer hat sich in der rechtsextremen Szene seit drei Jahrzeh-

ten vor allem publizistische Ausritte geleistet, die ihm dank einer gnädigen Justiz Anklagen wegen Verletzung des NS-Verbotsgesetzes ersparten. Seine Gesinnung tat er von 1983 bis 1990 als Schriftleitungsmitglied der Zeitschrift „Aula“ kund. Dort las man von ihm Sätze wie: „Wer da im Hinblick auf den 8. Mai 1945 von Befreiung spricht ... verhöhnt all die Opfer, die die deutsche Nation im Jahre 1945 zu beklagen hatte“; oder: „Wer die Umvolkung der Österreicher betreibt, nur um den deutschen Charakter des Landes zu tilgen, muss sich den Vorwurf des antigermanistischen Rassismus gefallen lassen“.

Von 1985 bis 1990 war Mölzer auch Chefredakteur der FPÖ-Zeitung „Kärntner Nachrichten“. Dort erschien 1987 eine Rezension des Buches „Die Diffamierten“ (über Hitlers Reichsarbeitsdienst), deren Inhalt gegen das Verbotsgesetz verstieß. Zwar legte die Staatsanwaltschaft Klagenfurt eine Anzeige zurück,

Mölzer wurde jedoch in einem Verwaltungsstrafverfahren zu einer Geldstrafe verurteilt. 1990 gab er das Haider-Jubelbuch „Jörg! Der Eisbrecher“ heraus und wurde daraufhin „Grundsatzreferent“ in der FP-Bundesparteizentrale, dann Gesamtverantwortlicher für das „Freiheitliche Bildungswerk“ sowie Bundesrat. Als Referent bei den Freiheitlichen Akademikern warnte er erneut vor einer „Umvolkung“ der Deutschen und Österreicher, deren „Volkskörper“ überaltert und geschwächt sei; man dürfe insbesondere eine „amorphe Masse“ von Ausländern nicht zu wandern lassen.

Als Haider ganz auf populistischen Kurs schwenkte, ging er zu Mölzer als Ideologen des bei Wählermassen kaum gefragten deutschnationalen Flügels der Partei auf Distanz. Zuerst Herausgeber der Österreich-Ausgabe der vom deutschen Verfassungsschutz kritisierten rechtsextremen Zeitschrift „Junge Frei-

heit“, machte er daraus 1997 sein eigenes Organ „Zur Zeit“. In ihm erschienen unter anderem Artikel über angebliche jüdische Ritualmorde, weiters ein Beitrag, dessen Autor für die Leugnung von Massenvergasungen in Nazi-Vernichtungslagern wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt wurde. Das Verfahren gegen Chefredakteur Mölzer selbst wurde eingestellt. Von der schwarz-blauen Regierung wurde „Zur Zeit“ alljährlich kräftig subventioniert. In der „Kronen Zeitung“ fand Mölzer zudem als Kolumnist Unterschlupf.

Mölzers Auftreten im Europäischen Parlament wird zweifellos aufmerksam beobachtet werden; die undankbare Aufgabe zu betonen, dass dieser Mann nicht für die überwältigende Mehrheit der Österreicher sprechen kann, wird wohl – auch unter Hinweis, dass er der nun einzige und vielleicht letzte FPÖ-Vertreter dort ist – den SPÖ-Abgeordneten zukommen. ■

Hannes Schwantner – Professor



Neuerlich wurde ein Mitglied unseres Bundesvorstandes und des Wv. Vorstandes mit dem Berufstitel Professor ausgezeichnet. Es ist dies Berufsschuldirektor Hannes Schwantner, der lange Zeit Bezirksvorsitzender der Freiheitskämpfer in Döbling war.

Hannes Schwantner hat sich vor allem um die Aufklärung unter Lehrlingen und jungen Arbeitnehmern, meist in Zusam-

menarbeit mit der Gewerkschaftsjugend, über die Verbrechen des Nationalsozialismus verdient gemacht. Auf seine Initiative erfolgte die Gründung des Vereins „Niemals vergessen“, der Zivildienstler in KZ-Gedenkstätten außerhalb Österreichs einsetzt. Außerdem ist Schwantner auch im Verein „Mauthausen Komitee“ u. a. für Jugendinitiativen und in der Mitbetreuung zweier wichtiger ehemaliger KZ-Außenlager in Wien-Floridsdorf und Wien-Simmering tätig. Er ist auch Organisator des Langbein-Symposiums.

Scholl-Latour lobt rechtes Blatt

Dem Spiegel Nr. 24 vom 7.6.2004 ist zu entnehmen, dass der bekannte Buchautor und Fernsehjournalist Peter Scholl-Latour die rechts gerichtete deutsche Wochenzeitung „Junge Freiheit“ neuerdings positiv beurteilt. Für den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz ist diese von Dieter Stein geleitete Zeitung eine um Intellektualisierung bemühte geistige Strömung innerhalb des Rechtsextremismus. Scholl-Latour verteidigt das mit dem Argument: „Zensur von rechts und links brauchen wir nicht“. Er fände es

„ganz gut, wenn etwas Unkonventionelles veröffentlicht wird“. Jetzt ist es auch verständlich, dass ein in Österreich bekannter Rechtsextremist, Konrad Windisch, der in den fünfziger Jahren den „Bund heimatretreuer Jugend“ gegründet hat und heute noch die Zeitschrift „Kommentare“ herausgibt, im „freien Wort“ der „Kronen Zeitung“, groß aufgemacht, Scholl-Latour lobt und dabei den Begriff „multikriminelle Gesellschaft in den Vereinigten Staaten“ verwendet. Man liest dies und ist zwar verwundert über Scholl-Latour, nicht aber über Windisch. ■

Schüler zum „Tabu“ Februar 1934

Während die Aufarbeitung der Hitler-Diktatur und des Zweiten Weltkriegs im österreichischen Geschichtsunterricht zumindest seit drei Jahrzehnten – nach den Jahrzehnten davor, als mit dem Ersten Weltkrieg das Lehrprogramm zu Ende war –, breiten Raum einnimmt, wird die Vernichtung der Demokratie und der Kampf des Jahres 1934 eher nur am Rande erwähnt.

Es war ein Verdienst der Wiener Festwochen, das heurige Siebzig-Jahre-Gedenken zum Anlass zu nehmen, mit insgesamt vier Produktionen, unter Mitwirkung von Schülern und jungen Menschen, als „Wörterbuch des Schweigens“ die Ereignisse des Februar 1934 zu behandeln.

Am eindrucksvollsten gelang dies durch die Schüler des Wiener Akademischen Gymnasiums und des Bundesgymnasiums 21, Franklinstraße in dem im Rabenhof Theater aufgeführten Stück „Simmering gegen Kapfenberg '34 – Heimatkunde der Brutalität“ (Regie: Karl Wozek). Von Jahresbeginn an machten sich die Burschen und Mädchen der beiden Schulen mit Ursachen und Verlauf des blutigen Konflikts vertraut, suchten im Karl-Marx-Hof und an anderen Stätten der Kämpfe nach Spuren jener Tage und recherchierten bei noch überlebenden Zeitzeugen oder deren Nachkommen.

Die Betroffenheit der Schüler darüber, dass damals Österreicher auf Österreicher schossen, wurde bei dem einen oder anderen allerdings noch durch Äußerungen verstärkt, die zeigten, dass die Gegensätze auch



Das Foto zeigt Schutzbundkinder in den Ferien auf der Krim. Als Erwachsene hatten sie unterschiedliche Schicksale. Einige kämpften in der Roten Armee, andere kehrten in die Heimat zurück, manche mussten dort einrücken, andere starben in Hitlers KZs oder kamen in Stalins Lagern um.

im Zeichen der lange geübten Konsensdemokratie der Zweiten Republik nicht verschwunden sind. Etwa, wenn in einem Telefongespräch mit einem von der ÖVP empfohlenen Zeitzeugen die Worte fielen, er wolle „mit dem linken Gesindel und dem linken Pack“ nichts zu tun

haben; ein von den Veranstaltern im Rahmen der Aufführung geplantes „Veteranentreffen“ musste denn auch mangels Beteiligung der „schwarzen“ Seite abgesagt werden. Oder wenn eine Schülerin berichtet, dass sie, als sie sich als Einzige zu dem Projekt meldete, hörte:

„Was? Du spielst da mit? Gehörst jetzt auch schon zu dem roten Pack?“. Sie habe sich zwar gewundert, dass niemand sonst aus ihrer Klasse an der interessanten Aufgabe teilnehmen wollte, „aber ich wäre niemals auf die Idee gekommen, dass dieses Nichtwollen ein von zu Hause gesteuertes, parteipolitisch bedingtes Gebot sein könnte ...“.

Der Kritiker des „Kurier“ schrieb dazu: „Die Gräben von einst sind längst nicht überwunden.“ Das sei die bittere Erkenntnis nach diesem ambitionierten Festwochenbeitrag. Nichtsdestotrotz haben sich zwischen den jungen Darstellern aus dem Akademischen und dem Floridsdorfer Gymnasium aus dem Gruppenspiel gute Freundschaften entwickelt.

Eine weitere Produktion war „Wallisch Wandern“ – Anna Seghers ist den Fluchtweg des dann von den Austrofaschisten gehenkten steirischen Arbeiterführers bereits im April 1934 nachgegangen, ihre Aufzeichnungen waren im verdienstvollen Programm zu der Produktion wiedergegeben.

Die estnische Regisseurin Merle Karusoo nahm sich des wechselvollen Schicksals der Schutzbundkinder in den sowjetischen Kinderheimen an. Die Estin nannte die Berichte über diese bewegenden Schicksale „Ein zweifacher Kulturbruch“.

Der Russe Jewgenij Grischkowitz schließlich erkundete unter dem Titel „Onkel Otto ist krank“ – auch unter Bezugnahme auf das Theaterstück „Floridsdorf“ des Kommunisten Friedrich Wolf – dieses Trauma der österreichischen Seele. ■

Bücher, die uns angehen



Kurt Bauer, Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934. Czernin Verlag, Wien 2003.

Die Vorgänge am 25. Juli 1934 in Wien, als ein Rollkommando der illegalen SS-Standarte 89 das Bundeskanzleramt überfiel und kurzfristig über die RAVAG die Bildung einer Regierung Rintelen bekannt geben konnte, wurden weitgehend aufgearbeitet (obwohl die Abgabe des zweiten, für Bundeskanzler Dollfuß tödlichen Schusses ungeklärt blieb). Hingegen wurde der Aufstand von SA-Verbänden in mehreren Bundesländern unter dem Losungswort „Elementar-Ereignis“ bisher wenig erforscht. Es kam zu heftigen Kämpfen zwischen Nazi-Rebellen und Regierungskräften, die insgesamt rund 250 Todesopfer forderten. Im Raum Leoben-Donawitz und im Ennstal wurden Gendarmerieposten besetzt, in manchen Orten neue Bürgermeister eingesetzt. Vor allem mit Heimwehrlern und Sturmshärlern kam es zu blutigen Zusammenstößen. Erst durch den Einsatz des Bundesheeres konnte der Aufstand niedergeschlagen

werden. Es waren hasserfüllte Gegner – auf beiden Seiten kam es zu Gräueltaten, denen auch Unbeteiligte zum Opfer fielen. Um den Pyhrnpass, den Mandlingpass, den Griffener Berg und die Turracher Höhe tobten heftige Kämpfe. Hunderte Nazis flüchteten nach Jugoslawien.

Hitler, der sich in Bayreuth laufend über den Ablauf des Putsches berichten ließ, wusch seine Hände in Unschuld, als der Sturz der Regierung misslungen war und Mussolini Truppen am Brenner aufmarschieren ließ.

Bauer untersuchte auch die Sozialstruktur der Aufständischen. Sie zeigte eine von der illegalen Nazipartei in Wien, deren Anhängerschaft vor allem aus Mittelständlern und Freiberuflern, aber auch aus Staatsdienern bis weit hinein in die Polizei bestand, große Verschiedenheit. Es zeigte sich, dass auf dem Land vor allem junge Burschen zum Kampf bereit waren, Bauernsöhne kleiner Höfe, Knechte, (oft arbeitslose) Handwerksgehilfen, Handelsgehilfen und Hilfsarbeiter, aber auch Lehrer und, vor allem im Bereich der von deutschen Eigentümern geführten Alpine-Montan, auch Industriearbeiter.

Helga Amesberger/Katrin Auer/Brigitte Halbmayr, Sexualisierte Gewalt. Weibliche Erfahrungen in NS-Konzentrationslagern. Mandelbaum Verlag, Wien 2004.

Über ein bisher in der KZ-Literatur wenig behandeltes Thema wird in der von drei Autorinnen verfassten Untersuchung „Sexualisierte Gewalt“ ausführlich berichtet. Wichtigste Grundlage dafür sind die lebensgeschichtlichen Erinnerungen von Frauen, die Sexzwangsarbeit in KZ- und SS-Bordellen leisten mussten, Vergewaltigung und Folter unterworfen wurden, Zwangssterilisationen und -abtreibungen oder in anderer Weise sexuell motivierte Gewalt erfahren mussten, wie sie schon in den demütigenden Untersuchungsmethoden, erzwungener Nacktheit und im Fehlen jeglicher Intimsphäre auftraten. Zwei Fallgeschichten zweier burgenländischer Roma-Frauen, die zunächst in Ravensbrück waren, dann nach Auschwitz-Birkenau bzw. Mauthausen überstellt wurden, berichten über den Leidensweg, den die für erzwungene „Sexarbeit“ ausgesuchten Frauen durchmachten. Unter den männlichen Zeitzeugen gibt Hans Marsalek ausführlich Auskunft über das 1942 gegründete Häftlingsbordell in Mauthausen, das in erster Linie von privilegierten so genannten „Funktionshäftlingen“ besucht werden durfte. Die Erfahrungen der missbrauchten Frauen, denen bis heute schwer fällt, darüber zu sprechen (und die auch nach dem Krieg als „Asoziale“ bezeichnet, nicht als „Opfer“ anerkannt wurden), weisen die meisten ihrer SS-Peinigler als herzlos und brutal, als „grausliche Hunde und dreckige Säue“ aus.

Gerald Steinacher (Hg.), Südtirol im Dritten Reich 1943–1945. Studienverlag, Innsbruck 2003.

Nach der Kapitulation Italiens im Jahre 1943 nahm Hitler der faschistischen „Repubblica sociale“ seines Busenfreundes Mussolini, den er in einer Kommandoaktion aus seinem Berggefängnis hatte holen lassen, die Grenzgebiete weg, um dort die „Alpenfestung“ als letztes Refugium errichten zu lassen. Die Provinzen Bozen, Trient und Belluno wurden als „Operationszone Alpenvorland“ der Zivilverwaltung unter dem Tiroler Gauleiter Franz Hofer unterstellt. Er schaltete und waltete in seinem „Königreich“ ganz nach Belieben. Viele Südtiroler empfanden den Einmarsch der Wehrmacht als eine Art Befreiung von der faschistischen Herrschaft, die Italiener hingegen sahen sich in ihrer Existenz bedroht. Aber auch die so genannten „Dableiber“, die für Italien optiert hatten, hatten nun ein schweres Leben.

Ein Kapitel befasst sich auch mit dem Südtiroler Widerstand gegen Nationalsozialismus und Krieg, der aus Kreisen der „Dableiber“ und der Kirche kam; der von Hans Egarter organisierte „Andreas-Hofer-Bund“ nahm Kontakte zum alliierten Geheimdienst auf, und es gab Versprechungen, Südtirol nach dem Krieg an Österreich zurückzugeben. Hitlers Reich wurde auch für viele zu Wehrmacht und Polizei eingezogene Südtiroler tödlich. So traf der Anschlag in der römischen Via Rasella das Südtiroler Polizeiregiment „Bozen“, und für den Tod von 32 Südtirolern nahmen die Deutschen mit der Ermordung der zehnfachen Zahl von Geiseln in den Ardeatinischen Höhlen grausame Rache. ■

Dollfuß – weder Held noch Märtyrer

Peter Michael Lingens hat in seinem Beitrag „Dollfuß, ein schuldiger Held“ („profil“ 10/2004) eine politisch-historische Gewichtung vorgenommen, die den Fakten nicht standhält und moralisch in keiner Weise hingenommen werden sollte. Zweifellos war Engelbert Dollfuß mit seinen Intentionen für ein selbständiges Österreich Hitler im Wege. Er war aber von der Qualität und Zielsetzung her eine Persönlichkeit, die sich von Hitler vor allem in der Quantität unterscheidet.

Dollfuß hat Hitler und den Nazi-Staat in vielfältiger Weise nachgeahmt, kopiert – oberflächlich wurde von einer operettenhaften Nachahmung geschrieben. Der Bogen spannte sich von der Ausschaltung des Parlaments per Ermächtigungsgesetz über das Verbot oppositioneller Parteien und deren Organisationen, das Verhindern demokratischer Wahlen und die autoritäre Regierungsform bis zur Einführung von Anhaltelagern, zur Wiedereinführung der Todesstrafe über die Standgerichtsbarkeit und schließlich zu Hinrichtungen im Zuge eines provozierten Bürgerkriegs.

Dollfuß hat dabei zwar Österreich als den besseren deutschen Staat zu apostrophieren versucht, gleichzeitig aber hat er die Uniformierung aller Bereiche von den Kinderschuh an durchgeführt. Auch in den Symbolen hat man sich weitgehend an den Nazi-Staat angelehnt. Der Begriff „Vaterländische Front“ entsprach dem Verständnis von der nazideut-

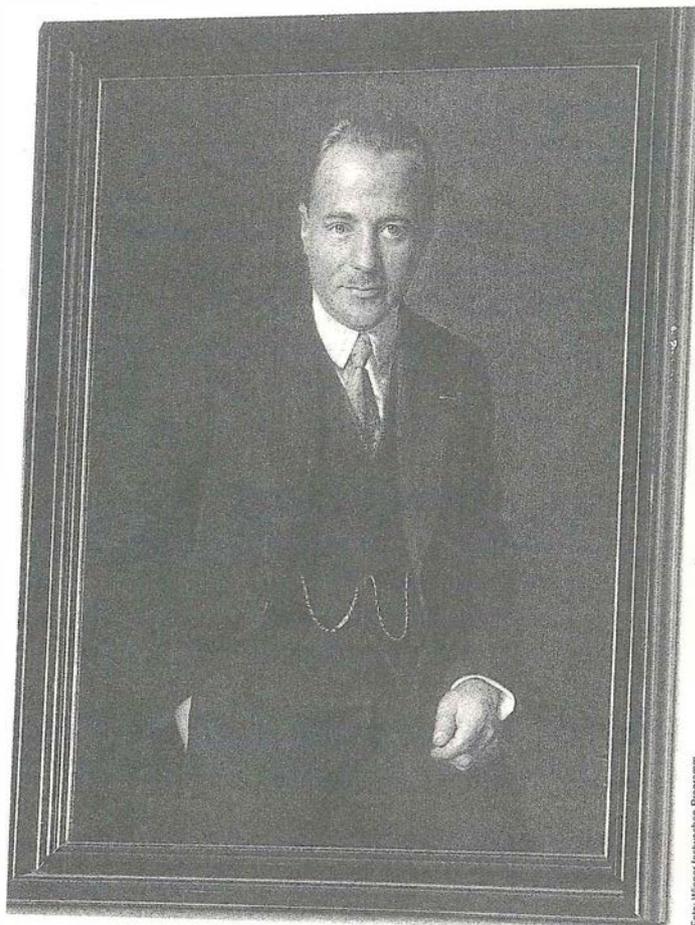


Foto: Wiener Isewischen Programm

Dieses Porträt des Bundeskanzlers und Diktators Engelbert Dollfuß – ausnahmsweise nicht in Heimwehr- oder Sturm-schar-Uniform – hängt nach wie vor in den Räumen des ÖVP-Nationalratsklubs

schen „Volksgemeinschaft“ und inkludierte in keiner Weise nichtkonservative Bevölkerungsgruppen.

Es ist geradezu eine Blasphemie, das Verhalten von Dollfuß als heldenhaften Abwehrkampf gegenüber dem Hitler-Teufel einzustufen. Beide waren vom gleichen Holz, beide wollten Machterhaltung um jeden Preis und absolute Gefolgschaft ohne jede Opposi-

on. Beide verbündeten sich mit dem faschistischen Italien und beide beriefen sich immer wieder auf Gott und die Vorsehung.

Sicher, die Tatsache, dass Karl Renner und andere Sozialdemokraten (selbst im Exil) auch noch 1938 für den Anschluss an Deutschland waren, ist nicht zu leugnen. Renner aber hat sich dazu im Blick auf wirtschaftliche Großräumigkeit bekannt und sich auch 1938

von Hitlers Rassenregime distanziert.

Dollfuß stand der Machterweiterung Hitlers nach Österreich im Wege. Nur deshalb musste er sterben, nicht, weil er eine andere positive Qualität gehabt hätte, die ihn vom braunen Faschismus substantiell unterschieden hätte. Allerdings gab es in Österreich nicht den Rassenantisemitismus oder die großdimensionierte Todesmaschinerie, die sich in Deutschland anbahnte. Daraus folgt aber noch nicht die Berechtigung zu einer Legendenbildung, die aus einem um Machterhalt buhlenden Diktator einen Helden und Märtyrer macht. Nur in diktatorischen Regimen werden die Diktatoren so dargestellt und gewürdigt, wie es Lingens in seinem Beitrag macht. ■

Siegfried Nasko

(aus einem Brief an die Redaktion des „profil“)

Wichtige Mitteilung für NS-Militärjustizopfer

Personen, welche Opfer der NS-Militärjustiz waren, deren Verurteilungen bisher nicht anerkannt wurden und die der Meinung sind, dass für sie die Anerkennung nach dem Opferfürsorgegesetz in Frage kommen könnte, mögen sich an das Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Opferfürsorgekommission, 1010 Wien, Stubenring 1, im Hinblick auf Überprüfung ihrer Rechtsansprüche bzw. Nachsichtserteilung wenden.

Gastarbeiter als Einwanderer

Zu der Sonderausstellung „Gastarbeiter“, die im Frühjahr im Wien Museum am Karlsplatz gezeigt wurde, ist im Mandelbaum Verlag ein reich illustriertes Buch erschienen, in dem ausführlich und mit zahlreichen, auch persönlichen, Dokumenten der Beginn der Zuwanderung von Arbeitskräften, vor allem aus Jugoslawien und der Türkei, festgehalten wird. Die Wirtschaft boomte und man glaubte, „Gastarbeiter“ ins Land zu rufen, die nach dem Rotationsprinzip wieder gegen andere aus ihren Heimatländern ausgetauscht werden könnten. Man wollte nur Arbeitskräfte – aber es kamen Menschen, und viele von ihnen blieben, holten ihre Familien nach und wurden zum Teil Österreicher. Aus den – keineswegs unkritischen – Lebensgeschichten bildet sich das Panorama einer vierzigjährigen Wanderungsbewegung, deren Ergebnisse im groben Missverhältnis zu der weit verbreiteten Ansicht stehen, dass Österreich „kein Einwanderungsland“ sei. Auch wurden und werden soziale und politische Fragen immer noch als ethnische Unterschiede interpretiert, was Ängste vor „Überfremdung“ und daraus entspringende Fremdenfeindlichkeit fördert. Dabei wird vergessen, dass die Geschichte der „Gastarbeiter“ auch eine spezielle der Ausbeutung wird.

BERICHTIGUNG:

In Heft 1-2-3/2004 ist uns im Beitrag „Widerstand in Hietzing“ ein Flüchtigkeitsfehler unterlaufen. Der ehemalige Schutzbündler und Spanienkämpfer Franz Kasteiner wurde im November 1942 im KZ Groß-Rosen ermordet. Der Hietzinger Schutzbundkämpfer, der Stalins Lager überlebte, war Georg Meischl. Wir bedauern.

Herbert-Steiner-Preis 2004 Ausschreibung

Der Herbert-Steiner-Preis – benannt nach dem Mitbegründer und langjährigen Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) und der International Conference of Labour and Social History (ITH) – wird am 16. September 2004 im Rahmen der Eröffnung der Linzer Konferenz der ITH zum ersten Mal verliehen werden. Der Preis wird vergeben für wissenschaftliche Arbeiten in deutscher oder englischer Sprache zu den Themen:

- Widerstand/Verfolgung/Exil in der Zeit des Faschismus

und Nationalsozialismus und
● Geschichte der Arbeiterbewegung.

Einreichungen, die die Rolle der Frauen in diesen sozialen und politischen Bewegungen berücksichtigen, sind besonders erwünscht.

Der Preis soll in erster Linie die Überarbeitung wissenschaftlicher Manuskripte für die Veröffentlichung ermöglichen. Die eingereichten Arbeiten werden von einer internationalen Jury begutachtet. Vergeben werden zwei Preise in der Höhe von insgesamt 5.000 Euro (ADVANCE \d 2). Folgende Unterlagen sind

bis 30. Juni 2004 per E-Mail an herbert.steiner.preis@doew.at zu übermitteln:

- Lebenslauf und ggf. Publikationsliste
- Beurteilbares wissenschaftliches Manuskript (auch Diplomarbeiten oder Dissertationen) zu den oben genannten Themen
- Abstract der Arbeit

Informationen: Christine Schindler, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), International Conference of Labour and Social History (ITH). Tel. 0043 1/534 36-90329, 0043 699/11 58 74 64

„Umvolkung“

In einem „Offenen Brief“ an Bundeskanzler Schüssel protestierte die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände in Oberösterreich gegen die Verwendung des Nazibegriffs „Umvolkung“ durch den Obmann des Rings Freiheitlicher Jugend,

Johann Gudenus. Vizekanzler Gorbach meinte dazu: „Mir ist das Gedankengut wichtig, und das ist bei Gudenus sicherlich tadellos.“ Für diese Stellungnahme, so die Forderung der AG, sollte Schüssel seinen Vize entlassen.

MITARBEITER DIESER AUSGABE:

- Herbert Exenberger
- Vinzenz Jobst
- Edith Krisch
- Siegfried Nasko
- Ernst Nedwed
- Gerald Netzl
- Manfred Scheuch.

Wir gratulieren

Zum 102. Geburtstag: Leopold Hlavacek, Louise Axelrad, Wien. **98. Geburtstag:** Josef Dorfer, Zederhaus. **97. Geburtstag:** Johann Thöne, Wien. **96. Geburtstag:** Franz Komarek, Josef Votter, Wien. **95. Geburtstag:** Wilhelm Reiter, Wien. **94. Geburtstag:** Max Hendrich, Bruck/Mur; Paula Billes, Eisenstadt; Josef Frana, Karoline Sperlich, Wien. **93. Geburtstag:** Anton Mies, Ternitz; Prof. Dr. Alfred Gisel, Siegfried Jellinek, Paula Wiesinger, Wien. **92. Geburtstag:** Gottfried Kreindl, Bruck/Mur; Aloisia Lackinger, Linz; Otto Wolf, Margarete Zach, Wien. **91. Geburtstag:** Josef Prückler, Mönchhof; Rosa Hajek-Traxler, Leopold Pfaffel, Johann Pippersteiner, Hedwig Sauer, Herma Schneeweiss, Emmy Studlar, Wien. **90. Geburtstag:** Maria Kutschek, Köttmannsdorf; Theresia Mahringer, Linz; Eduard Goldmann, Salzburg; Jeanette Ader, Kurt Braun, Hedwig Dörner, LT-Präs. a. D. Maria Hlawka, Ernst Merkel, Charlotte Mettner, Fritz Pillwein, Hermine Polka, Karoline Schreier, Gisela Schwarz, Maria Tugendsam, Kurt Unzeitig, Wien. **80. Geburtstag:** Angela Trínko, Gmünd; Johanna Jonke, Linz; Helga Schöndorfer, Pfaffstätten; Georg Rybnikar, St. Pölten; Franz Focke, Gerda Horvath, Christine Kaplan, Emma Medek, Martin Sandtner, Prof. Maria Stanzl, Wien. **75. Geburtstag:** Vzbgm. a. D. Grete Horvatiits, Amstetten; Leopold Wiesböck, Heldenberg; Hubert Humitsch, Klagenfurt; Alois Buchegger; Krumbach; Johann Kadlec, Schrattenthal; LAbg.a.D. Karl Gruber, St. Pölten; Margarete Pessenlehner, Schwechat; Elisabeth Bernstein, Helmut Blettinger, Hertha Frey, NR a. D. Ing. Ernst Nedwed, Alfred Pilar, Theodor Proksch, Elisabeth Rosenberg, Rosi Schürer, Mag. Karl Wagner, Wien.



IOM International Organization for Migration
IOM Internationale Organisation für Migration

Wichtige Nachrichten für entschädigungsberechtigte Erben von Nazi-Opfern die einen Antrag an IOM gestellt haben

Erben von Nazi-Opfern die in Rahmen des German Forced Labour Compensation Programme (GFLCP) einen Antrag auf Entschädigung bei der IOM gestellt haben, sollen baldmöglichst die Organisation benachrichtigen, jedoch spätestens sechs Monate nach dem Tod des Antragstellers/Opfers. Wenn die Erben diese Frist nicht einhalten, erlischt ihr Leistungsanspruch. Die Erben sollen eine Kopie der Sterbeurkunde des Opfers und persönliche Daten an folgende Adresse übermitteln/senden:

IOM Compensation Programmes
CP 71 CH
1211 Genf 19
Schweiz

Danach wird IOM eine Empfangsbestätigung für den Antrag zusenden und den Erben werden genaue Informationen über das weitere Verfahren zugeschickt.

Als Partnerorganisationen der deutschen Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" ist IOM damit beauftragt geworden, Anträge ehemaliger Sklaven- und Zwangsarbeiter oder andere Opfer des Nazi-Regimes zu bearbeiten und Entschädigungen auszuzahlen. Die Antragsfrist ist am 31. Dezember 2001 abgelaufen. Anträge, die nach Ablauf der Frist gestellt worden sind, können von IOM nicht mehr berücksichtigt werden. Nach dem deutschen Stiftungsgesetz sind Erben von Opfern, die vor dem 16. Februar 1999 verstorben sind, nicht entschädigungsberechtigt.

IOM ist bestrebt bis Ende 2004 alle Anträge zu bearbeiten. Alle Antragsteller werden schriftlich informiert, sobald eine Entscheidung über ihren Antrag getroffen wurde. Die Entschädigungen werden in zwei Raten ausbezahlt und mit Scheck. IOM plant die Auszahlung der zweiten Rate für das Frühjahr 2005.

Für die Beantwortung eventueller Fragen steht entschädigungsberechtigten Erben und Antragstellern die Telefonassistenz von Montag bis Freitag zwischen 9.00 und 12.30 und von 14.00 bis 17.00 Uhr zur Verfügung unter tel. + 41-22-5928230, Post oder e-mail compensation@iom.int.

Wien vor dem Nazi-Kahlschlag

Im Jüdischen Museum läuft bis 31. Oktober 2004 die sehenswerte und informative Ausstellung „Wien, Stadt der Juden – Die Welt der Tante Jolesch“. Joachim Riedl hat dazu einen umfangreichen, reich illustrierten Katalog (Zsolnay-Verlag) herausgegeben. Ausstellung und Buch zeigen für jeden Unvoreingenommenen: Ohne Juden wäre Wien im Fin de Siècle und in der Ersten Republik nicht dieses Zentrum höchster Geistigkeit und Kultur geworden, von dessen Erbe die Stadt bis heute zehrt. Der mörderische Kahlschlag, den der verkrachte frühere Ansichtskartenmaler hier verbrochen hat, erweist sich als eine kaum jemals heilbare Wunde. Selbst der Sexualaufklärer Hugo Bettauer konnte in seinem 1922 erschienenen Buch „Die Stadt ohne Juden – Ein Roman von übermorgen“ dieses Grauen nicht erahnen (Bettauer wurde übrigens wenige Jahre später von einem fanatischen Nazi ermordet).

Die Belege und Schöpfer dieser Kultur der Moderne – oft nur nach Hitlers krankhaften Rassengesetzen und nicht nach ihrer Einbettung in die israelitische Glaubenswelt als „jüdisch“ zu bezeichnen – können nur beispielsweise, nicht taxativ aufgezählt werden. Da ist der sozial- und kulturpolitische Aufbruch des „Roten Wien“, der unter anderem durch Männer wie Otto



Die Kabarettisten Fritz Grünbaum (im KZ ermordet) und Karl Farkas (rechts hinten) in den frühen dreißiger Jahren

Bauer, Max Adler, Julius Brauntal, Robert Danneberg, Hugo Breitner, Julius Tandler vertreten wird. Die Anstoßgeber für eine neue Psychologie, voran der Vater der Psychoanalyse Sigmund Freud und der Individualpsychologe Alfred Adler. Die Neutöner in der Musik Arnold Schönberg, Erich Wolfgang Korngold, Alexander Zemlinsky, Hanns Eisler. Die lange Liste jüdischer Schriftsteller mit dem wegen seines „Reigens“ umfahenden Arthur Schnitzler an der Spitze. Die Kabarettisten und Schlagermacher, wie Fritz Grünbaum (im

KZ ermordet), Karl Farkas, Hermann Leopoldi. Die Filmregisseure, Tänzerinnen und Schauspieler/-innen, von denen Hedy Kiesler-Lamarr in „Ekstase“ als erste in integraler Schönheit auf die Leinwand kam. Die Liste bleibt, auch in vielen anderen Bereichen, unerschöpflich. Daneben aber wird auch die „Welt der Tante Jolesch“ sichtbar, wird einerseits gezeigt, dass auch die Masse der Wiener Juden keineswegs aus Finanzhain, Spekulanten und Wucherern oder von den „Ariern“ als lästige Konkurrenz empfundenen Ärzten und

Anwälten bestand, wie es der „Sozialismus der dummen Kerls“ (August Bebel über den antisemitischen Antikapitalismus) wahrhaben wollte, andererseits auch nicht verschwiegen, dass es auch unter Juden – wie eben unter allen Bevölkerungsschichten – auch sehr fragwürdige Persönlichkeiten gab, wie jenen Sektionschef Robert Hecht, der für Bundeskanzler Dollfuß jene Verfassungsauslegungen austüfelte, mit denen die österreichische Demokratie beseitigt wurde. Die Nazis machten ihn in Dachau zum Märtyrer für Österreich. ■

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: <http://www.freiheitskaempfer.at> **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon: 524 70 86-0 **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt